

Ein Druck lastet auf Mechernich

Die gesamte Bevölkerung Mechernichs protestiert in großer Kundgebung gegen die Stilllegung der Mechernicher Werke / Vertrauen zu Dr. Brüning und der Regierung

n) Mechernich, 24. April. Die große Protestversammlung der Mechernicher Bevölkerung gegen die Stilllegung der Mechernicher Werke, die heute abend 8.30 Uhr im größten Saale stattfand, war von allen Bevölkerungsschichten ohne Unterschied des Berufs, der Partei und der Religion so stark besucht, daß manche nicht mehr Platz fanden. Die männliche Bevölkerung, Arbeiter, Beamte und Gewerbetreibende, hatten sich restlos eingeschunden.

Bürgermeister Dr. Gerhardus

eröffnete die Versammlung mit herzlichsten Begrüßungsworten an die Vertreter der Berufsverbände. Er hieß vor allem den Landtagsabgeordneten Seeborn (Sölingen), den Bezirksleiter Schümmer (Köln) und die Gewerkschaftssekretäre Kallscheid (Viblar) und Fehbender (Bonn) willkommen. Bürgermeister Gerhardus betonte, daß die jetzige Regierung, vor allem Reichszankler Brüning, unser vollstes Vertrauen besitzen müßten. Sie hätten bisher in jeder Weise für die Grenzkreise gesorgt, man hoffe, daß sie auch Mechernich ihre Hilfe zuteil werden lassen. Man müsse sich darüber klar sein, daß die Erhaltung der hiesigen Industrie, die Erhaltung des Grenzkreises überhaupt bedeute.

Bürgermeister Gerhardus erteilte dann Herrn Bezirksleiter Schümmer (Köln) das Wort.

Bezirksleiter Schümmer

führte in seiner Rede aus:

Es hat einmal eine Zeit gegeben, da stand der äußerste Westen des Reiches im Vordergrund aller politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse.

Als 1918 im November die deutschen Truppen von den westlichen Schlachtfeldern zurückfluteten und der letzte deutsche Soldat über den Rhein verschwand, da begann für das Volk im Westen jene Zeit, in der sich Größe und Stärke eines Volkes zeigen kann. Da begann jene Zeit, in der ein Volk die Probe zu bestehen hat, ob es trotz Leiden und Schikanierungen aller Art deutsches Boden ohne Waffen zu verteidigen und zu erhalten in der Lage ist. Es mußte sich zeigen, ob ein Volk, das aus allernächster Nähe vier Jahre lang den Krieg mit erleben und große, fast menschenunmögliche Opfer bringen mußte, in einer Verfassung war, die die weitere Ausübung noch größerer Opfer, wenigstens politisch und wirtschaftlich betrachtet, zuließ.

das deutsche Volk im äußersten Westen hat alle Opfer und Entbehrungen mit Heldenmut ertragen.

Es hat die Hoffnungen und das Vertrauen, das das übrige Deutschland und die deutsche Reichsregierung in es setzte, nicht enttäuscht.

Die nachkriegszeitlichen wirtschaftlichen Krisen

wirkten sich bis zum Jahre 1927 besonders im äußersten Westen sehr scharf aus. Erst das Jahr 1927 brachte, soweit Arbeitslosenzahlen in Frage kommen, einen Ausgleich mit dem übrigen Reichs. Auf 1000 Einwohner entfielen Hauptunterstützungsempfänger:

	im Reich	in Preußen	im Rheinl.
im Dez. 1925	16,1	17,1	23,2
im Nov. 1926	21,0	20,5	28,7

Am 15. Dezember 1927 entfielen auf das

Reich auf 1000 Einwohner 13,1 und auf das besetzte Gebiet 13,8 Hauptunterstützungsempfänger.

Die Krise wirkte sich insofern im Westen besonders stark aus:

1. weil infolge der feindlichen Besetzung eine Verlagerung vieler Industriezweige vom äußersten Westen nach dem Inneren Deutschlands erfolgte;
2. weil infolge der durch die Besetzung erfolgten Zollgrenze und durch die Stilllegung vieler Werke die Kundtschaft wiederum nach dem Inneren Deutschlands abwanderte;
3. weil in Verfolg der Ruhraktion viele Werke zum Erliegen kamen, die zum Teil bis heute noch stillliegen.

Das Hüttenwerk Rote Erde bei Aachen wurde im Mai 1923 mit 4500 Arbeitern stillgelegt und ist nicht mehr in Betrieb genommen worden. Die Zahl der in Aachen in der Maschinenindustrie Beschäftigten ging von 6500 in der Vorkriegszeit auf 2600 im Jahre 1927 zurück, die Zahl der Beschäftigten in der Nadelindustrie von 5200 auf augenblicklich 3200. Die in den Eschweiler Eisenwerken Beschäftigten gingen von 2300 auf 1200 zurück.

Bereits im Juni 1926 zählte der christliche Metallarbeiterverband im Bereiche des rheinischen Bezirks 52802 arbeitslose Metallarbeiter.

Wir stehen im Augenblick vor ganz katastrophalen Erscheinungen, vor dem Untergang der Blei- und Zinkindustrie in dem äußersten westlichen Grenzland, in Mechernich und Stolberg. Diese Industriezweige sind nicht vergleichbar mit anderen, denn ihre Stilllegung bedeutet einen großen Nationalverlust und erfordert eine unbedingte Begünstigung des Auslandes, weil die ausfallende Produktion nicht in Deutschland ersetzt werden kann, sondern vom Ausland ersetzt werden muß.

Die Ursachen, die zum Verlust dieser Produktionszweige führen, sind:

1. die verlagerte Produktion,
2. der ganz enorme Preisrückgang des Produktes Bleizink.

Die Weltproduktion an Zink betrug 1924 997 947 Tonnen, 1930 1 413 000 Tonnen, davon entfallen auf Europa: 1924 554 270 Tonnen, 1930 708 000 Tonnen, in Deutschland: 1929 102 000 Tonnen, 1930 97 000 Tonnen Zinerzeugung.

Auf Stolberg entfallen 1929 23 600 Tonnen, 1930 28 700 Tonnen.

Das sind im Jahre 1930 33,75 Prozent der gesamten deutschen Zinerzeugung. Also ein volles Drittel der deutschen Zinerzeugung entfällt auf Stolberg.

Für das Stolberger Zink ist von großer Bedeutung, daß es fast ausschließlich aus deutschem Erz gewonnen wird. Dann treffen die Folgen einer Stilllegung der Stolberger Zinkhütte auch die Erzgruben und besonders deren Arbeiter ebenso schwer.

Beim Blei ist es nicht wesentlich anders. In der gesamten Welt wurden z. B. 1929 1 738 000 Tonnen, davon in Europa 399 000 Tonnen, in Deutschland 97 000 Tonnen hergestellt. Stolberg war mit 29 500 Tonnen an der deutschen Bleiproduktion beteiligt. Das wird noch besser für das Jahr 1930 herausgestellt. In der Welt wurden 1930 1 661 000 Tonnen, in Europa 411 000 Tonnen, in Deutschland 110 000 Tonnen produziert. Auf Stolberg entfallen für 1930 33 400 Tonnen der deutschen Erzeugung.

In der Vorkriegszeit 1912 bis 1913 wurden in Deutschland 188 000 Tonnen Blei erzeugt. Stolberg brachte es in diesen Jahren auf 42 000

Tonnen. Damals bestand noch die Bleihütte in Münsterbusch und eine kleine Hütte bei Ems, die zur Stolberger Gesellschaft gehörte und in der Aufstellung für 1931 mit einbezogen sind. Das verbliebene Bleierz ist im Gegenjah zum Zinkerz nicht alles deutschen Ursprungs.

Die Gesellschaft Mechernicher Werke

verarbeitet ausschließlich eigenes Erz. Die Jahreserzeugung beläuft sich auf durchschnittlich 10 000 Tonnen. Mit der Stolberger Blei-erzeugung zusammen sind das 43 500 Tonnen, von 110 000 Tonnen deutscher Erzeugung überhaupt. Deutschlands Verbrauch in Rohblei im Jahre 1913 230 000 Tonnen, im Jahre 1929 212 000 Tonnen. In deutschen Hütten wurden im Jahre 1913 188 000 Tonnen, im Jahre 1929 97 000 Tonnen hergestellt. Die Einfuhr betrug im Jahre 1913 42 000 Tonnen, im Jahre 1929 115 000 Tonnen. Von der Produktion der deutschen Hütten stammen aus deutschem Bleierz im Jahre 1913 130 000 Tonnen, im Jahre 1929 162 000 Tonnen. Wenn der Bleipreis 18 Pfund beträgt, so ist der Einfuhrwert in Millionen Mark im Jahre 1913 47, im Jahre 1929 58.

Die tatsächliche Hauptursache an der katastrophalen Lage in der Blei- und Zinkindustrie, ist die Preisgestaltung, der ganz gewaltige Preissturz dieser Produkte in den letzten Jahren.

Die monatlichen Durchschnittspreise

betragen für Blei, für eine englische Tonne (1016 Kilogramm) Handelsblei: 1924: 624,51, 1925: 727,40, 1926: 634,11, 1927: 498,60, 1930: 367,89, 5. Februar 1931: 258,91 Mark.

Zinnnotierungen in englischem Pfund: 1924: 37.12.10, 1926: 34.02.08, 1927: 28.09.10, Januar 1930: 19.18.09, Dezember 1930: 13.19.09, das sind 23.93.01 weniger, oder 64 Prozent Senkung gegen 1925.

Die Preise werden vom Ausland nicht nur stark beeinflusst, sondern diktiert. Die Blei- und Zinkproduktion entbehrt jeglichen Schutzes, der durch einen entsprechenden Einfuhrzoll gewährleistet wäre.

Gegen den Schutz Zoll wehrt sich die weiterverarbeitende Industrie und der Handel aus Angst, ob dadurch die Preise für diese Produkte zu ungünstig erhöht würden. Ob diese Kreise denn nicht wissen, daß, wenn diese Industrien in Deutschland zum Erliegen kommen, daß ihnen dann vom Ausland Preise diktiert werden, die um ein vielfaches höher liegen als dasjenige, um was die Schutzzölle die Preise steigern.

Hier ist wohl die Frage am Platze, warum sich das Reichswirtschaftsministerium nicht mit etwas mehr Energie für diese Schutzzölle einsetzt. Wenn Schutzzölle für die Landwirtschaft eingeführt wurden, die vorwiegend den ostelbischen Junkern zugute kommen und durch deren Auswirkung die Preise für wichtige Nahrungsmittel ungünstig beeinflusst werden, warum vermag man dann der deutschen Blei- und Zinkindustrie im äußersten Westen den gleichen Schutz. Oder sind die Ostelbier national zuverlässiger als die Bevölkerung im Westen?

Die Bevölkerung im äußersten Westen würdigt die politischen Gründe, die eine Dithilfe notwendig machen. Sie verlangt aber, und das betone ich mit aller Deutlichkeit, dieselbe Würdigung ihrer Notlage und dieselbe entsprechende Hilfe für Industriezweige, die ein großes und wichtiges nationales Kapital darstellen.

Verlagt das Reich dadurch, daß der Blei- und Zinkindustrie kein Zollschutz gewährt wird, dann muß diesen Industriezweigen

durch Subventionen geholfen

werden.

Man verschone uns doch mit dem billigen und immer wiederkehrenden Einwand, daß dann auch anderen Betrieben das gleiche Recht zustehen. Ich bin der letzte, der die Notlage anderer

re, Industriezweige verkennt, dafür bürgt meine Tätigkeit und mein öfteres Einsehen für die Notlage der gesamten westlichen Grenzlande.

Aber es ist ein Unterschied zu machen zwischen einem Betrieb, den ich vorübergehend stilllegen kann und zwischen einem Erzbergwerk, daß, wenn einmal stillgelegt, für immer verloren ist,

dessen volkswirtschaftlicher Wert bei Berücksichtigung des jetzigen niedrigen Bleipreises 224 Millionen Mark beträgt.

Es ist doch ein Unterschied zu machen zwischen der Stilllegung eines Betriebes, wenn sich für die dadurch Betroffenen doch mit der Zeit andere Arbeits- und Existenzmöglichkeiten bieten,

als wenn ich den Mechernicher Bleierzbergbau und die Stolberger Zinkindustrie stilllege, wovon auf der einen Stelle 750 Arbeiter und Angestellte und auf der anderen Seite 900—1000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden, für die überhaupt andere Arbeitsmöglichkeiten nicht zu schaffen sind.

Diese insgesamt 7000 Menschen, einschließlich der Angehörigen kann ich nicht immer abtun mit der immerwährenden Berufung auf die sich ergebenden Konsequenzen.

Es ist vom nationalen Standpunkte ein Unterschied, ob ich eine Bevölkerung in einem nach wie vor gefährdeten Grenzgebiet, dessen günstige oder ungünstige wirtschaftliche Lage auf das anschließende Saarland entsprechend einwirkt, helfe, oder ob diese Hilfe einer Industrie in Mitteldeutschland — Mansfeld — wo diese nationalen Grenzfragen keine Rolle spielen, gewährt wird.

Die Opfer, die die Arbeiterschaft zur Erhaltung der Blei- und Zinkindustrie bisher gebracht hat,

gehen über den Begriff Notopfer weit hinaus. Wenn zum Beispiel der 24jährige Handwerker auf der Gewerkschaft Mechernicher Werke für einen Stundenlohn von 55 Pfg, arbeitet und die Stolberger Zinkarbeiter eine Lohneinbuße, die für die einzelnen Abteilungen 19,80 M., 24,90 M., 33,80 M., 42,— M. und 45,— M. im Monat beträgt, zu tragen haben und durch diese Lohneinbußen und die sich daraus ergebenden verminderten Sozialbezüge eine Stilllegung der Werke doch nicht verhütet werden kann, dann verdienen die Opfer der Arbeiter eine Anerkennung, die sich in der Hilfe von Reichs- und Staatswegen auswirken muß.

Diese Staatshilfe ist unbedingt möglich, wenn jene Schichten in Reich, Staat und Kommune zu dem gleichen Notopfer herangezogen werden, was die Arbeiterschaft zur Erhaltung ihrer Produktionsstätte schon längst gebracht hat. Wenn der Arbeiterschaft zur Erhaltung ihrer Verdienstmöglichkeit von Reichs- und Staatswegen nicht geholfen werden kann, dann aber von Reichswegen noch in den letzten Tagen erklärt wird, daß an eine Kürzung der Beamtenbezüge nicht gedacht sei, dann ist vom Arbeiterstandpunkte aus gesehen, diese Stellungnahme ein himmelschreiendes Unrecht.

Diese meine Stellungnahme, ist die Stellungnahme der gesamten christlichen Gewerk-

schaften und hat, wie das so oft hingeredet wird, mit Beamtengegnerschaft nichts zu tun. Es ist eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit. Es ist vom sozialen und vom christlichen Standpunkte aus gesehen, ein großes Unrecht, den Arbeiter als alleiniger Padesel all der Folgen, die doch im letzten Grunde Kriegsfolgen sind, zu betrachten und zu behandeln.

Auch der geradezu kindische Hinweis, daß das Geld, das man den Festbesoldeten abzöge, der Wirtschaft entzogen würde, ist damit entkräftet, wenn mit demselben Geld der Wirtschaft und der Arbeiterschaft geholfen wird.

Wenn durch die Stilllegung der Mechernicher Bleierzgruben und der Stolberger Zinkindustrie die Kommunen zum finanziellen Ruin kommen, dann hat auch die Bezahlung der Beamten ein Ende gefunden, dann stehen auch diese Kreise vor derselben Frage, vor die die Arbeiterschaft schon längst gestellt worden ist.

In Heft Nr. 16 vom 18. April des Industrie-Kurier steht folgender bedeutungsvolle Satz:

„Jeder wieder eingestellte Arbeiter saugt andere in den Prozeß genau so hinein, wie der entlassene Arbeiter auch in umgekehrter Richtung, vom Bäcker bis zum Hochofen hin, solche herausgesaugt hat.“

Möge die Bedeutung dieser Frage, soweit die Lage der Blei- und Zinkindustrie in Frage kommt, allen zum Bewußtsein kommen.

Dieser Satz auf die Mechernicher Werke angewandt, bedeutet, daß wenn die Mechernicher Werke in Betrieb gehalten werden, daß dann auch der gesamten Bevölkerung in Gemeinde und Kreise die Lebensmöglichkeit erhalten bleibt, dagegen, wenn das Werk zum Erliegen kommt, der gesamten Bevölkerung im Kreis und besonders in der Gemeinde Mechernich die erste Voraussetzung, die Arbeit, zur Lebensmöglichkeit genommen wird.

Die Bevölkerung in den äußersten westlichen Grenzgebieten appelliert

in zwölfter Stunde

an Reich und Staat, ihm die Hilfe zuteil werden zu lassen, die Arbeit und Existenz als die Grundlage des Lebens ermöglichen.

An der sehr lebhaften Aussprache beteiligten sich u. a. die Gewerkschaftsekretäre Kallscheid, Faßbender und Simon. Auch von Vertretern des Mittelstandes wurde betont, daß es sich um eine Lebensfrage des ganzen Grenzkreises handele. Besonderen Beifall fanden die Worte des Abgeordneten Hebborn und des Kreisparteihefes der Zentrumspartei Dr. Penze.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde gegen die Stilllegung der Mechernicher Werke protestiert und die Reichsregierung um Hilfe gebeten. Den Wortlaut der Entschließung teilen wir in der nächsten Nummer mit. Auch auf die Aussprache werden wir noch zurückkommen.